



## **Antrag**

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Keine Steuersenkungen zu Lasten von Land und Kommunen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass weder das Land noch die Kommunen weitere Einnahmeverluste verkraften können. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat die nicht gegenfinanzierten Steuersenkungspläne der Koalition von CDU, CSU und FDP abzulehnen.

Begründung:

Angesichts der bestehenden Haushaltsnotlage und angesichts der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse sind weitere Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen weder für das Land noch für seine Kommunen zu verkraften. Sie würden dazu führen, dass die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger wie Kindergärten und Schulbausanierung etc nicht mehr gewährleistet werden kann und die beabsichtigte Haushaltskonsolidierung nicht zu realisieren ist. Auch das Ziel, die Schuldenbremse einzuhalten, würde damit endgültig unmöglich gemacht.

Der Bundesrat muss seiner Rolle als Vertretung der Länder gerecht werden und sich unabhängig von Regierungsmehrheiten für die Länderinteressen aussprechen. Des-

halb muss die Landesregierung im Bundesrat gegen unfinanzierbare Steuergeschenke stimmen.

Monika Heinold  
und Fraktion